



EP / Pressemitteilung

Brüssel, 02. April 2009

### Lissy GRÖNER: "Europäisches Parlament stärkt Antidiskriminierungsrichtlinie"

"Mit deutlicher Mehrheit von 363:266 hat das Europäische Parlament für die umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie gestimmt und erteilt damit dem konservativen Lager eine empfindliche Niederlage", so die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPE- Fraktion und Berichterstatterin im Kulturausschuss **Lissy GRÖNER** zur Entscheidung über die Richtlinie zur Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Damit wird in Zukunft auch außerhalb des Arbeitsplatzes die Gleichbehandlung zum europäischen Recht erhoben.

Das Parlament forderte Änderungen in drei Punkten: Quervermerke, um Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu verhindern und Barrierefreiheit für behinderte Menschen zu gewährleisten, Zugang zu Medien und Bildung sowie Mehrfachdiskriminierung zu regeln. "Hier sind gute Kompromisse erzielt worden. Wenn jetzt deutsche Konservative und Liberale die Richtlinie gänzlich ablehnen, reißen sie sich die Maske vom Gesicht: Sie wollen Diskriminierung weiter ungestraft hinnehmen und Homosexuelle in ihren Rechten einschränken. Es ist schlichtweg Propaganda, wenn sie behaupten, Extremisten wie die NPD oder Sekten wie Scientology könnten sich auf den Schutz der Richtlinie schützen und Verleger müssten deren Anzeigen drucken. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit wurde berücksichtigt."

Im Vorfeld der Abstimmungen hatten CDU/CSU und FPD versucht, die Richtlinie zu kippen. "Dies ist für Millionen von europäischen Diskriminierungsopfern ein Schlag ins Gesicht", kritisierte **Lissy GRÖNER**. "CDU/CSU und FDP stellen die Grundrechte hinten an."

"Die progressiven Kräfte im Europäischen Parlament aber haben heute gute Arbeit geleistet. Nun liegt es am Ministerrat, die Menschenrechte aller zu stärken und schnell die Europäische Rahmenrichtlinie umzusetzen", forderte **Lissy GRÖNER** die Mitgliedsstaaten auf, die Antidiskriminierungsrichtlinie schnell und umfassend umzusetzen.

Hintergrund:

Der Vorschlag der Kommission (KOM(2008)0426)) "zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung" wurde federführend im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten (LIBE) von der holländischen Berichterstatterin Buitenweg behandelt. Im Kulturausschuss war **Lissy GRÖNER** Berichterstatterin.

Weitere Informationen zum Thema im Büro Lissy Gröner: Tel: 0032 2 2845412

PRESESEMITLEILUNG